



Suchergebnisse: Koalition

5. April 1792 – Der Ausbau des Torweges am Isartor wird wieder eingestellt

München-Isarvorstadt * Das Projekt „Ausbau des Torweges am Isartor“ wird wieder eingestellt, nachdem sich weite Bevölkerungskreise gegen die Entfestigungsmaßnahmen ausgesprochen haben und der Ausbruch der Koalitionskriege gegen das revolutionäre Frankreich das Vorhaben in einem neuen Licht erscheinen lässt.

20. April 1792 – Frankreich erklärt Österreich und seinen Verbündeten den Krieg

München * Die französische Nationalversammlung erklärt Österreich und seinen Verbündeten den Krieg, um so die Errungenschaften der Revolution auch in den anderen Ländern durchzusetzen. Das Kurfürstentum Baiern versucht anfangs bei diesem Ersten Koalitionskrieg neutral zu bleiben.

30. Dezember 1795 – Unbefristeter Waffenstillstand mit Frankreich

Kreutznach * Österreich und seine süddeutschen Verbündeten vereinbaren mit Frankreich einen unbefristeten Waffenstillstand auf dem deutschen Kriegsschauplatz. Preußen tritt aus der Koalition aus.

1796 – Das Kloster am Lilienberg von den Kaiserlichen besetzt

Au * In den Auseinandersetzungen des Ersten Koalitionskrieges wird das Kloster am Lilienberg von den Kaiserlichen besetzt und deshalb von den Franzosen beschossen.

27. Juli 1796 – Verhaltensinstruktionen im Falle eines Einmarsches fremder Truppen

München * Die Obere Landesregierung erlässt für die Beamten Verhaltensinstruktionen im Falle eines Einmarsches fremder Truppen. Österreicher und Franzosen [Freund und Feind] werden darin gleichgestellt.



1. August 1796 – München erstmals mit Kriegseignissen konfrontiert

München * Die Bewohner der Residenzstadt München werden erstmals mit den Kriegseignissen konfrontiert. Truppendurchmärsche sind jetzt an der Tagesordnung. Der Hass auf die verbündeten Österreicher übersteigt bei vielen Münchnern die Angst vor den herannahenden Revolutionssoldaten. Die größte Abneigung hegt die Bevölkerung gegen die Condéischen Soldaten, die „in elenden Aufzügen“ durch München ziehen. Es handelt sich dabei um Hilfstruppen französischer Emigranten, zumeist aus dem Adelsstand, die unter dem Kommando des Prinzen Louis-Joseph de Condé stehen und sich nach den Niederlagen der letzten Tage in Auflösung befinden. Sie zeichnen sich durch außerordentliche Disziplinlosigkeit und besonders rücksichtsloses Betragen gegenüber der Zivilbevölkerung aus, das bis hin zu Misshandlungen und Plünderungen reicht.

12. August 1796 – Kurfürst Carl Theodor erklärt Pfalz-Baiern zu neutralem Gebiet

München * Kurfürst Carl Theodor erklärt Pfalz-Baiern zu neutralem Gebiet.

18. August 1796 – München wird von allen Seiten belagert

München * Die französischen Revolutionstruppen unter Jean-Victor Moreau nehmen München ein und besetzten das linke Isarufer. Der französische Befehlshaber Moreau gibt der Münchner Stadtbevölkerung die Zusage, dass die Stadt verschont bleibt. Zum Ausgleich plündern sie allerdings die umliegenden Dörfer. Als Verteidiger belagern die Kaiserlichen und die Condéer das rechtsseitige Isarhochufer. Die Kämpfe dauern bis zum 8. September. Durch einen - von den Österreichern verursachten - Brand wird die Häuserzeile in der Kirchenstraße, vom Hofmarkschloss bis zum Mesmerhaus, in Schutt und Asche gelegt. Den geschundenen Vorstädtern ist es freilich vollkommen egal, ob sie ein Condéer terrorisiert, ein Österreicher drangsaliert oder ein Franzose ausplündert.

1798 – Die Paulaner-Mönche möchten die Auflösung ihres Klosters

Rom - München - Au * Papst Pius VI. gestattet Kurfürst Carl Theodor von den bayerischen Klöstern fünfzehn Millionen Gulden einzuziehen, um die Ausgaben, die durch die Koalitionskriege für den bayerischen Staat angefallen sind, decken zu können. Die Paulaner ersuchen daraufhin die kurfürstliche Regierung, ihr Kloster aufzulösen. Übrigens: Die Summe wird später auf fünf



Millionen reduziert. Bezahlt haben die bayerischen Klöster aber keinen Heller.

12. November 1798 – Eine neue Koalition schließt sich zusammen

München * Im Verlauf des Jahres schließen sich England, Russland, Portugal, das Osmanische Reich und Österreich zu einer weiteren Koalition zusammen. Pfalz-Baiern tritt dieser Verbindung ebenfalls bei und unterstellt 15.000 Soldaten dem österreichischen Oberbefehl.

16. November 1798 – Kurfürst Carl Theodor ist Kunde des Leihhauses

München * Selbst der bayerische Regent und Herrscher ist Kunde des Leihhauses. Kurfürst Carl Theodor gibt an diesem Tag der magistratischen Leihhauskommission folgenden Befehl: „Seine Churfürstliche Durchlaucht haben sich in der Verlegenheit, in welcher sich die Staatskassa bey dem schon so lange dauernden Krieg befindet, zur Verhütung größerer Übel bemüssigt gefunden, einen Teil des Schatzes der heiligen Kapelle in Altötting hierher bringen zu lassen, um auf denselben als Faustpfand schnell ein angemessenes Anlehen aufzubringen und Höchst dieselbe hat sich zu diesem Ende entschlossen, diesen bloss in Gold und Juwelen bestehenden Teil des Schatzes dem hiesigen, unter landesfürstlicher Oberaufsicht und Protektion stehenden Leihhaus, jedoch mit dem gegenwärtig schärfsten Befehle zu übergeben und aushändigen zu wollen, daß hievon nicht das mindeste veräußert oder verschmolzen werde, sondern sich das Leihhaus wegen gleichzeitiger und hiemit feyerlich erklärt werdender Mitverpfändung aller Churfürstlichen Renten und Gefälle mit dem richtigen Bezuge der jährlichen Zinsen sich begnügen solle und müsse.“ Durch die kurfürstliche Inanspruchnahme der Pfandleihanstalt ist die Kapitaldecke der Einrichtung allerdings wiederholt derart dünn geworden, dass Hilfesuchende aus den ärmeren Schichten oftmals abgewiesen werden mussten.

März 1799 – Die Österreicher benehmen sich wie feindliche Besatzungstruppen

München * 100.000 Österreicher stehen im Land und benehmen sich wie feindliche Besatzungstruppen. Die Bevölkerung ist vom neuen Baiernregenten enttäuscht. Diese hat aber - trotz seiner Sympathien für Frankreich - aufgrund der militärischen Präsenz der Österreicher im eigenen Land keine andere Wahl, als in der Koalition gegen Frankreich zu bleiben.



1. März 1799 – Der Zweite Koalitionskrieg beginnt

Frankreich - Deutschland * Französische Truppen überschreiten den Rhein. Der Zweite Koalitionskrieg beginnt.

9. November 1799 – Napoleon Bonaparte stürzt in einem Staatsstreich das Direktorium

Paris * Napoleon Bonaparte nutzt die Wirren des Zweiten Koalitionskrieges und stürzt in einem Staatsstreich das Direktorium, um sie durch eine Konsulatsregierung mit ihm als Erstem Konsul einzuführen.

4. August 1800 – Eine republikanische Schrift an die Bevölkerung

München * Eine Anfang August erschienene Schrift wendet sich an die Bewohner Baierns, Schwabens, Frankens, Tyrols und Salzburgs und fordert dazu auf, „daß wir diesem Unwesen einmal ein Ende machen und von dem alten verderblichen Reichsverbande uns loslösen, uns nach dem Drange aller politisch- und natürlichen Verhältnisse in einen freien, mächtigen Staatskörper [...] zusammenschließen [...] und uns so eine eigene, auf die natürlichen Rechte der Menschheit, auf die reine Religion, und den allgemeinen Wohlstand gegründete Konstitution geben“. Alle Soldaten aus der Koalitionsarmee sollen zurückgerufen werden und anschließend Vertreter aus den Gemeinden und Distrikten „zu einer allgemeinen süddeutschen Nationalversammlung oder süddeutschem Landtage“ gewählt werden.

28. November 1800 – Die Franzosen ziehen weiter nach Hohenlinden

München - Hohenlinden * Die Rheinarmee verlässt München und schlägt ihr Lager in Hohenlinden auf. Bayern dient - aufgrund seiner geographischen Lage - sowohl den Franzosen als auch den Österreichern als Aufmarschgebiet und Schlachtfeld, weshalb die Entscheidungsschlacht des Zweiten Koalitionskrieges dann auch auf bayerischem Boden ausgetragen wird.

25. Dezember 1800 – Neuer Waffenstillstand zwischen Frankreich und Österreich

Steyr * In Steyr wird ein neuer Waffenstillstand zwischen Frankreich und Österreich geschlossen.



Nach der für die Revolutionstruppen siegreichen Schlacht von Hohenlinden am 3. Dezember 1800 ist Frankreich endgültig zur dominanten und im Südosten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation militärisch präsenten Macht geworden. Österreich muss erkennen, dass sich der Krieg gegen Frankreich nicht erfolgreich weiterführen lässt.

9. Februar 1801 – Der Frieden von Lunéville

Lunéville * Der Waffenstillstand von Steyr vom 25. Dezember 1800 mündet in den Frieden von Lunéville. Österreich und seine deutschen Verbündeten scheiden damit aus dem Zweiten Koalitionskrieg aus. Bei diesen Friedensverhandlungen versuchen die Österreicher von Frankreich die Zustimmung für die Angliederung Baierns zu bekommen. Ob Preußen oder Österreich, alle schauen nur auf ihren eigenen Vorteil. Das Interesse der Verbündeten bleibt dabei freilich auf der Strecke. Als allerdings diese habsburgischen Annexionsbegehren in Baiern ruchbar wird, ist es verständlicherweise mit der Loyalität gegenüber dem Bündnispartner nicht mehr allzu weit her. Alte, tief verankerte Vorurteile kommen wieder hoch und verstärken sich. Das Kurfürstentum Baiern steht mit dem Rücken an der Wand und muss sich nun primär um seine Existenzsicherung kümmern.

9. April 1801 – Die Rheinarmee verlässt München

München * Der größte Teil der Rheinarmee verlässt München wieder.

12. April 1801 – Auch das Besatzungsbataillon verlässt die bayerische Landeshauptstadt

München * Auch General Charles Matthieu Isidore Decaën verlässt mit seinem Besatzungsbataillon die bayerische Landeshauptstadt. Er droht umzukehren, falls sich vor dem 13. April auch nur ein kurbaierischer Soldat in der Stadt sehen lassen sollte.

27. März 1802 – Der Frieden von Amiens

Amiens * Der Zweite Koalitionskrieg wird mit dem Friedensschluss von Amiens zwischen Frankreich und England endgültig beendet.

11. April 1804 – England und Russland schließen ein Bündnis



Petersburg - London * England und Russland schließen in Petersburg ein Bündnis, dessen erklärtes Ziel es ist, Frankreich auf die Grenzen von 1792 zu beschränken.

1805 – Ein Pferdelazarett in der Alten Isarkaserne

München-Isarvorstadt * Während des Dritten Koalitionskriegs - ist das Depot des 1. Dragoner-Regiments in der Isarkaserne untergebracht, ebenso ein Pferdelazarett.

23. Mai 1805 – Großbritannien erklärt Frankreich den Krieg

London - Paris * Großbritannien erklärt Frankreich den Krieg. Das ist der Beginn des Dritten Koalitionskrieges. Österreich, Russland und England haben sich zur Dritten Koalition gegen Frankreich zusammengeschlossen. Wie soll sich Bayern verhalten, wo doch ein österreichisches Kriegsziel die Annexion Bayerns war? Neutralität kommt nicht in Frage, also müssen die Bayern ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen.

9. August 1805 – Österreich schließt sich dem russisch-englischen Bündnis an

Wien - Petersburg - London - Berlin * Dem russisch-englischen Bündnis vom 11. April 1804 schließt sich Österreich an. Preußen bleibt neutral.

25. August 1805 – Geheimverhandlungen im Bogenhausener Schloss Stepperg

Bogenhausen * Angesichts des heraufziehenden Dritten Koalitionskriegs erneuern Bayern und Frankreich ihr Bündnis im Vertrag von Bogenhausen. Ort der Verhandlungen ist Schloss Stepperg, das Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas als Landsitz nutzt. Die Geheimverhandlungen zwischen dem französischen Abgesandten und Minister Montgelas werden mit einem bayerischen Bündniswechsel zu Frankreich in einem vorläufigen Vertrag abgeschlossen. Er beendet die Koalition mit Österreich und Russland. Napoleon sagt Bayern weitere Gebietszuwächse im Falle eines Sieges zu. Dafür verpflichtet sich das Kurfürstentum Bayern zur Stellung von 20.000 Mann. Neben Bayern schließt Napoleon Verträge mit weiteren süddeutschen Mitgliedern des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Seine Verbündeten werden Bayern, Württemberg, Baden und Hanau. Napoleon Bonaparte schließt mit diesen die Verträge von Bogenhausen, Baden-Baden und Ludwigsburg. Die bayerische



Regierung erhofft sich nach den Erfahrungen der beiden letzten Kriege von Frankreich eine wesentlich bessere Behandlung als von den kaiserlichen Österreichern. Um aber die Österreicher nicht unnötig herauszufordern, wird das Bündnis mit Frankreich zunächst noch geheim gehalten. Die baierische Abneigung gegenüber Österreich soll sich jedoch bald bestätigen.

6. September 1805 – Die österreichische Armee belagert Schloss Nymphenburg

Schloss Nymphenburg * Einhundert österreichische Husaren und Dragoner umzingeln - unter der Leitung des kaiserlichen Feldmarschalls Carl Philipp Fürst zu Schwarzenberg - Schloss Nymphenburg. Sie nötigen den sich dort aufhaltenden Kurfürsten Max IV. Joseph „ultimativ“ zum Eintritt in die antifranzösische Koalition. Zur Unterstreichung seiner Forderung lässt der Feldmarschall das Schloss umstellen und von München abriegeln, worüber die baierische Bevölkerung entsetzt ist. Offensichtlich will der Kurfürst, der den Vertrag von Bogenhausen noch nicht unterschrieben hat, schon dem österreichischen Drängen nachgeben, als Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas ernsthaft mit seinem Rücktritt vom Amt des Außenministers droht. Dem Kurfürsten und seinem leitenden Minister gelingt es immerhin, die Verhandlungen mit dem österreichischen Bevollmächtigten zu verzögern und die Österreicher über die baierischen Absichten bis zum 9. September im Unklaren zu lassen. Unter dem Vorwand, den gerade in Frankreich weilenden Kronprinzen Ludwig nicht zu gefährden, erzielt Max IV. Joseph einen Zeitaufschub. Bis dahin hat die kurfürstliche Familie die Haupt- und Residenzstadt München heimlich in Richtung Würzburg verlassen. Auch die baierische Armee war inzwischen in Franken und in der Oberpfalz zusammengezogen worden.

8. September 1805 – Der Dritte Koalitionskrieg beginnt

Kurfürstentum Baiern * Der Dritte Koalitionskrieg beginnt mit dem Einmarsch der Österreicher nach Baiern. Rücksichtslos bestimmt Kaiser Franz II. Baiern zum Kriegsschauplatz. Noch sind die österreichischen Truppen im Glauben an ein gemeinsames Bündnis mit Baiern gegen Frankreich über die Landesgrenze gekommen, doch nun marschieren sie als Feinde nach München. Die wertvollsten kurfürstlichen Besitztümer und die Gemäldesammlung können noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, um sie so vor feindlichen Beutezügen zu schützen. Auch der Kurfürst ist samt seiner Familie weit genug von der österreichischen Grenze entfernt, so dass er das Eintreffen der napoleonischen Truppen sicher abwarten kann.

19. September 1805 – Erzherzog Ferdinand trifft in München ein



München * Erzherzog Ferdinand, der den Oberbefehl über die österreichischen Truppen hat, trifft in München ein und nimmt im Gasthof Zum Goldenen Hirsch in der Theatinerstraße Quartier.

21. September 1805 – Kaiser Franz II. bietet den Baiern den Königstitel an

München • Auch Kaiser Franz II. trifft in München ein und bietet als Oberhaupt des das Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation dem Kurfürstentum Baiern den Königstitel an, wenn es sich der Dritten Koalition anschließen würde. Doch das hätte nicht gleichzeitig die Erringung der vollen staatlichen Souveränität bedeutet, wie sie Napoleon angeboten hat. Diese war aber für Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas die rechtliche Voraussetzung für die inneren Reformen der kommenden zwölf Jahre, insbesondere für die Ausschaltung der Stände und die Schaffung einer Konstitution. Denn noch ist die Ständeverfassung gültig, die durch das Reichsrecht und die Reichsgerichte geschützt ist.

22. September 1805 – Kaiser Franz II. reist weiter nach Landsberg am Lech

München - Landsberg am Lech • Kaiser Franz II. reist nach einem Kirchgang in der Theatinerkirche weiter nach Landsberg am Lech.

23. September 1805 – Napoleon Bonaparte erklärt Österreich den Krieg

Paris - Wien • Napoleon Bonaparte erklärt Österreich den Krieg.

24. September 1805 – Mx IV. Joseph datiert den Bogenhausener Vertrag vor

Würzburg * Obwohl Kurfürst Max IV. Joseph den Bogenhausener Vertrag erst am 28. September 1805 unterschrieben hat, datiert er ihn auf den 24. September vor.

24. September 1805 – Kronprinz Ludwig I. beschwört seinen Vater

Bern * Kronprinz Ludwig I. hat die Taktik von Kurfürst Max IV. Joseph und seinem Minister Montgelas noch nicht durchschaut. Aus Bern schreibt er beschwörend an seinen Vater, er möge „unter keinen Umständen mit den Franzosen gehen. [...] Glauben Sie nicht, dass ich ein



Österreicher bin, aber ich bin deutsch und bin ein Feind des Unrechts“. Vielleicht ist das auch der Grund, warum der Kurfürst das Unterzeichnungsdatum für den Bogenhausener Vertrag so weit nach vorne gelegt hat, dass das Schreiben des Kurprinzen als erst nach der Vertragsunterzeichnung eingetroffen angesehen werden konnte.

25. September 1805 – Die französische Armee überquert den Rhein

Rhein * Die französischen Revolutionstruppen überschreiten den Rhein an mehreren Stellen.

26. September 1805 – Kaiser Franz zieht sich zurück

München - Wien * Nachdem die Franzosen am 25. September den Rhein überquert haben, zieht es der österreichische Kaiser Franz I. vor, vorsorglich die Rückreise nach Wien anzutreten. Mit ihm machen sich auch die ersten österreichischen Einheiten über München zum Rückzug bereit.

27. September 1805 – Das französische und das baierische Heer vereinigen sich

Würzburg * Das französische Revolutionsheer trifft in Würzburg ein, wohin sich Kurfürst Max IV. Joseph zurückgezogen hat. Dort vereinigt sich das Heer mit den baierischen Truppen.

28. September 1805 – Kurfürst Max IV. Joseph ratifiziert den Geheimvertrag

Würzburg * Während Napoleon den Vertrag von Bogenhausen sofort nach Erhalt unterzeichnet hat, lässt Kurfürst Max IV. Joseph kostbare Zeit verstreichen. Das lag eventuell auch an der Kurfürstin Karoline, die sich für eine Allianz mit Österreich ausgesprochen hatte. Erst nachdem sich das französische Heer mit den baierischen Truppen vereinigt hat, unterschreibt der baierische Kurfürst den Vertrag. Dabei datiert er ihn vorsichtshalber auf den 24. September zurück. Bayern ist damit Kriegspartei an der Seite Napoleon Bonapartes gegen Kaiser Franz II., dessen Truppen bereits das südliche Bayern besetzt haben.

29. September 1805 – Kurfürst Max IV. Joseph antwortet seinem Sohn Ludwig

Würzburg - Bern * Kurfürst Max IV. Joseph antwortet auf ein Schreiben seines Sohnes Ludwig I.,



das dieser am 24. September in Bern verfasst hatte. Dem völlig ahnungslosen Prinzen Ludwig erklärt der Kurfürst einige Gründe seines Handelns: „Ich fühle genau wie ihr, daß es viel glücklicher wäre, nicht gezwungen zu sein, sich in einen Streit zu mischen, der das Deutsche Reich nichts angeht. Ich empfinde auch Euren Abscheu, mein Freund, und finde ihn ganz natürlich. Aber es gibt Fälle im Leben eines Herrschers, in denen er gezwungen ist, das eigene Gefühl zu unterdrücken im Interesse seiner Staaten. Ich habe mich nicht mit Napoleon verbündet, sondern mit Frankreich, das zu allen Zeiten der geborene Verbündete unseres Hauses war. [...] Wenn Euch die Partei mißfällt, die ich gezwungenermaßen ergriffen habe, machet es nur mir zum Vorwurf, mein liebes Kind. Ich bin es allein, der es gewollt hat. Kein Minister, nicht einmal Montgelas, hat es mir geraten, ich schwöre es Euch bei meinem Gotte. [...]“

6. Oktober 1805 – Französisch-baierische Militäreinheiten überqueren die Donau

Donauwörth - Neuburg - Ingolstadt * Das vereinigte französisch-baierische Heer umfasste 60.000 Mann. Es überquert am 6. Oktober die Donau bei Donauwörth, Neuburg und Ingolstadt.

8. Oktober 1805 – Die Schlacht von Wertingen

Wertingen * In der Schlacht von Wertingen kommt es zum ersten Gefecht zwischen den österreichischen und französisch-baierischen Truppen.

9. Oktober 1805 – Das siegreiche Gefecht bei Günzburg

Günzburg * Nach einem Gefecht bei Günzburg mit Truppen unter Erzherzog Ferdinand wird von dem vereinigttem französisch-baierischen Heer eine Donau-Brücke bei Günzburg gewonnen.

9. Oktober 1805 – Österreichische Truppen auf dem Rückzug in München

München * Der österreichische General Michael Freiherr von Kienmayer auf dem Rückzug mit seiner Division in München ein. Er lässt seine Truppen im Westen und Norden vor der Stadt lagern.

10. Oktober 1805 – Kämpfer aus dem Balkan erzeugen Angst und Schrecken



München * In München halten sich Soldaten aus den östlichen Teilen der Donaumonarchie auf. Die exotisch aussehenden Kämpfer aus dem Balkan erzeugen bei den Münchnern Angst und Schrecken einerseits durch ihr fremdartiges Aussehen, andererseits durch ihre schlechte Ausrüstung und ihre unzureichende, Mitleid erzeugende Bekleidung.

10. Oktober 1805 – Der Kurfürst rechtfertigt den Bündniswechsel

Würzburg * Kurfürst Max IV. Joseph gibt einen Aufruf „an sein Volk“ heraus, in dem er sich für sein Bündnis mit Napoleon rechtfertigt. Um den politisch umwälzenden Schritt ins französische Lager darzustellen, muss er eine überzeugende Begründung liefern. Also wird Österreich zum „Erbfeind“ erklärt, der Baierns Unabhängigkeit bedrohte und dessen Truppen plündernd durchs Land zogen, während „Frankreich [...] zu allen Zeiten Baierns Unabhängigkeit schützte“. Das Bündnis scheint damit als die einzige und alternativlose Konsequenz, um Baiern zu retten: „Der Kaiser der Franzosen, Baierns natürlicher Bundesgenosse, eilte mit seinen tapferen Kriegen herbei, um euch zu rächen, [...], und bald, bald naht der Tag der Rettung.“ Der Aufruf endete siegesgewiss mit den Worten: „Unsere gute Sache steht unter dem Schutze eines gerechten Gottes und [...] unter der eigenen Anführung eines unüberwindlichen Helden.“

11. Oktober 1805 – General Kienmayer befiehlt den Rückzug

München * Als General Kienmayer von der erfolgreichen Donauüberquerung der Franzosen bei Günzburg erfährt, befiehlt er noch am Abend den allgemeinen Aufbruch.

12. Oktober 1805 – München kann zurückerobert werden

München * Baierische Truppenkontingente unter der Führung des französischen Generals Bernadotte können München nahezu kampflos einnehmen. Die baierische Haupt- und Residenzstadt ist damit von allen Besatzungssoldaten befreit. Nur wenige Stunden später treffen die ersten französischen Kavalleristen in München ein, um sofort die Verfolgung der Österreicher aufzunehmen.

14. Oktober 1805 – Die Schlacht bei Elchingen

Elchingen * In der Schlacht bei Elchingen kommt es zu einem weiteren Gefecht zwischen



österreichischen und französisch-baierischen Militärs.

15. Oktober 1805 – Der französisch-baierische Angriff auf Spielberg und Michelsberg

Spielberg - Michelsberg - Ulm * Gefechte bei Spielberg und Michelsberg zwischen den baierisch-französischen und den österreichischen Truppen. Damit sind die letzten österreichischen Stellungen gefallen und die Stadt Ulm von französischen und baierischen Truppen eingeschlossen.

16. Oktober 1805 – Der Kampf um Ulm beginnt

Ulm * Die Beschießung von Ulm durch baierisch-französische Truppen beginnt. Ulm wird von den Österreichern verteidigt und will nicht kapitulieren.

20. Oktober 1805 – Die Kapitulation von Ulm

Ulm * Mit der Kapitulation von Ulm muss die eingeschlossene österreichische Deutschlandarmee kapitulieren. Bayern ist damit befreit. Napoleon Bonaparte hat damit den ersten wichtigen Sieg des Dritten Koalitionskrieges errungen. Auch Bayern hat eine wichtige Schlacht geschlagen. Denn als Kaiser Franz II. vom baierisch-französischen Bündnis erfahren hat, lässt er sich zu der Äußerung hinreißen: „Ich werde Bayern nicht nehmen, ich werde es verschlingen.“

24. Oktober 1805 – Die Grande Armée marschiert nach Osten

München * Nach einem kurzen Aufenthalt in München rückt Napoleon Bonaparte mit seiner Grande Armée nach Osten vor.

24. Oktober 1805 – Napoleon Bonaparte zieht triumphal in München ein

München * Napoleon zieht triumphal durch das Karlstor in München ein. Kurfürst Max IV. Joseph befindet sich noch in seinem Exil in Würzburg. Die Kurpfalzbaierische Staats-Zeitung von München berichtet am 25. Oktober 1805: „Endlich hatten wir gestern das sehnlich erwartete Vergnügen, Se. Majestät Napoleon Kaiser in Frankreich und König in Italien hier eintreffen zu



sehen. Se. Majestät kamen von Augsburg, fuhren in einem 6-spännigen Reisewagen, welchen der Herr Reichs-Marschall Bernadotte, nebst noch einigen H.H. Reichsmarschallen zu Pferde begleitete, unter dem Donner der Kanonen, und dem Zusammengeläute aller Glocken durch die Neuhauser-Kaufinger- über den Platz durch die Diener- in die Residenz-Gasse heran, und stiegen [...] in der kurfürstl. Residenz ab. Die ganze Stadt war zur Tageshelle beleuchtet, und die Mittags zuvor angekommenen kaiserl. königl. Garde-Regimenter hatten sich durch die ganze Einzugsstrecke à la haie aufgestellt. Es war $\frac{1}{2}$ 8 Uhr Abends, und die Menge des hier befindlichen, zum Theile noch mit der Einquartierung beschäftigten Militärs nebst dem zusammenströmenden Volke zeigte das Bild eines durch Ströme aufgetriebenen Meeres, das sich schwer und langsam dahinwälzt.“

25. Oktober 1805 – Die Presse berichtet über Napoleons Einzug in München

München * Die Kurpfalzbaierische Staats-Zeitung von München berichtet vom Einzug Napoleons: „Endlich hatten wir gestern das sehnlich erwartete Vergnügen, Se. Majestät Napoleon Kaiser in Frankreich und König in Italien hier eintreffen zu sehen. Se. Majestät kamen von Augsburg, fuhren in einem 6-spännigen Reisewagen, welchen der Herr Reichs-Marschall Bernadotte, nebst noch einigen H.H. Reichsmarschallen zu Pferde begleitete, unter dem Donner der Kanonen, und dem Zusammengeläute aller Glocken durch die Neuhauser-Kaufinger- über den Platz durch die Diener- in die Residenz-Gasse heran, und stiegen [...] in der kurfürstl. Residenz ab. Die ganze Stadt war zur Tageshelle beleuchtet, und die Mittags zuvor angekommenen kaiserl. königl. Garde-Regimenter hatten sich durch die ganze Einzugsstrecke à la haie aufgestellt. Es war $\frac{1}{2}$ 8 Uhr Abends, und die Menge des hier befindlichen, zum Theile noch mit der Einquartierung beschäftigten Militärs nebst dem zusammenströmenden Volke zeigte das Bild eines durch Ströme aufgetriebenen Meeres, das sich schwer und langsam dahinwälzt“.

26. Oktober 1805 – Die Grande Armée überschreitet den Inn

Inn * Napoleon Bonaparte überquert mit seiner Grande Armée den Inn.

28. Oktober 1805 – Braunau wird von der napoleonischen Armee eingenommen

Braunau * Napoleon Bonaparte nimmt mit seiner Grande Armée Braunau ein.



8. November 1805 – Gebietserweiterungen und die volle Souveränität zugesichert

Linz * Im Vertrag von Linz sichert Napoleon Bonaparte Baiern neben Gebietserweiterungen erstmals die volle Souveränität zu.

8. November 1805 – Zusage für eine Hochzeit

Linz * Baierns Kurfürst Max IV. Joseph gibt - im Beisein des Kurprinzen Ludwig - Napoleon Bonaparte in Linz die mündliche Zusage für die Hochzeit zwischen der bayerischen Prinzessin Auguste Amalie mit dem Stiefsohn Napoleons, Eugène Beauharnais.

13. November 1805 – Französischen Truppen nehmen Wien kampflos ein

Wien * Napoleon erreicht mit seinen Soldaten Wien und nimmt die Stadt kampflos ein.

24. November 1805 – Auch die kurfürstliche Familie kommt wieder in München an

München * Die kurfürstliche Familie trifft wieder in München ein.

2. Dezember 1805 – Napoleon Bonaparte gewinnt die Dreikaiserschlacht bei Austerlitz

Austerlitz * Bei Austerlitz kommt es zur sogenannten Dreikaiserschlacht, an der der französische Kaiser Napoleon Bonaparte, Zar Alexander I. von Russland und der deutsch-römisch-österreichische Kaiser Franz II. persönlich auf dem Schlachtfeld anwesend sind.

Napoleon Bonaparte besiegt unter Mitwirkung bayerischer Truppen die österreichisch-russische Koalition entscheidend und erringt damit den glänzendsten Sieg seiner Laufbahn. Der Sieg der Dreikaiserschlacht von Austerlitz beendet den Dritten Koalitionskrieg.

5. Dezember 1805 – Kaiserin Joséphine trifft mit großem Gefolge in München ein

München * Frankreichs Kaiserin Joséphine trifft mit großem Gefolge in München ein. Sie bezieht die Steinzimmer der Residenz und bemüht sich im Interesse der Bündnispolitik Frankreichs erfolgreich um die Sympathien des kurfürstlichen Hofes und der Bevölkerung der



Landeshauptstadt. Die kaiserliche Gefolgschaft erregt gerade aufgrund ihrer prächtigen Ausstattung großes Aufsehen. Wegen des ungünstigen Münchner Wetters erkrankten in den darauf folgenden Tagen viele der kaiserliche Hofdamen.

10. Dezember 1805 – Baierns Territorium soll erweitert und Königreich werden

Brünn * Im französisch-baierischen Vertrag von Brünn belohnt der Franzosenkaiser Bayern für seine Waffenhilfe und sichert ihm erneut zu, dass er im bevorstehenden Friedensvertrag mit Österreich Kaiser Franz II. die Abtretung Vorarlbergs, der Gebiete in Schwaben und der Reste von Eichstätt und Passau zugunsten Baierns auferlegen will. Außerdem soll der Kaiser in Wien auf jegliche Oberhoheit über den Kurfürsten von Bayern, der den Königstitel annehmen wird, verzichten. Zudem sichert der französische Kaiser im Vertrag von Brünn Bayern die erbliche Königswürde zu. Bereits im Vertrag von Bogenhausen hatte sich Napoleon Bonaparte verpflichtet, im Falle eines siegreichen Kriegsausgangs für eine weitere Vergrößerung Baierns einzutreten.

26. Dezember 1805 – Bayern erhält die Souveränität und die erbliche Königswürde

Bratislava * Österreich schließt mit Napoleon den Frieden von Preßburg, in dem es die im Vertrag von Brünn vom 10. Dezember 1805 festgesetzten Bestimmungen anerkennt. Der Friedensvertrag von Pressburg beendet den Dritten Koalitionskrieg. Das hat zur Folge, dass Bayern die Markgrafschaft Burgau im heutigen Bayerisch-Schwaben, die Reste der Hochstifte Eichstätt und Passau, die freien Reichsstädte Augsburg und Lindau zugesprochen bekommt. Österreich muss die Rangerhöhung des bayerischen Kurfürsten zum König und Gebietsabtretungen akzeptieren.

1. Januar 1806 – Der Georgs-Ritterorden wird zum Königlich-Bayerischen Hausritterorden

München * Mit der Erhebung Baierns zum Königreich wird der Georgs-Ritterorden zum Königlich-Bayerischen Hausritterorden.

1. Januar 1806 – Straßenbenennungen nach der Rangerhöhung

München * Die Erhebung Baierns zum Königreich ist alleine schon Grund genug, weshalb



München nun einen Königsplatz, eine Königsstraße, eine Königinstraße und sogar einen Platz und eine Straße für den Kronprinzen Ludwig I. braucht.

1. Januar 1806 – Die Proklamation des Königreichs Baiern

München * Der Landesherold Joseph von Stürzer verliest an verschiedenen Orten der Stadt die Proklamation des Königreichs Baiern und bringt ein Hoch auf König Max I. Joseph aus. Eskortiert wird er von dreißig berittenen Angehörigen der Bürgerwehr.

1. Januar 1806 – Das Königreich Baiern erhält sein erstes Wappen

Königreich Baiern * Das Königreich Baiern erhält sein erstes Wappen, das radikal mit der heraldischen Tradition bricht. Vor 42 baierischen Rauten steht das Herzschild als Zeichen der Kurwürde, die ja bis zur Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation am 6. August 1806 weiterbesteht.

1. Januar 1806 – Ein Königreich von Napoléons Gnaden ?

Wien - Berlin * Baiern ist ein Königreich. Österreicher und Preußen sprechen, ebenso wie die deutsch-nationalen Patrioten, von einem Königtum von Napoléons Gnaden. Dabei nimmt der baierische Kurfürst lediglich die gleichen Rechte in Anspruch, wie zuvor der Hohenzoller für Preußen und der Habsburger für Böhmen und Ungarn.

2. Januar 1806 – Ein Militärspektakel mit erbeuteten Waffen

München * Ein ursprünglich für den Neujahrstag geplantes Militärspektakel muss wegen der Königsproklamation auf den 2. Januar verlegt werden. Dabei werden Kanonen, Gewehre und Fahnen präsentiert, die einst von kaiserlichen Soldaten als Trophäen nach Wien gebracht und nun von Napoleon als Zeichen der Verbindung von Frankreich und Baiern sowie der gemeinsamen Abgrenzung gegenüber Österreich im Triumph zurückgeführt worden waren.

10. Januar 1806 – Der Bräutigam Eugène Beauharnais kommt in München an



München * Drei Tage vor der Hochzeit, kommt der 23-jährige Bräutigam Eugène Beauharnais in München an. Seine 17-jährige Braut Auguste Amalie hatte „einen unkultivierten Protegé“ des französischen Kaisers erwartet. Doch nun erlebt sie zu ihrer Überraschung einen „liebenswürdigen Edelmann“.

12. Januar 1806 – Eugène Beauharnais wird von Napoleon Bonaparte adoptiert

München * Um die für das Haus Wittelsbach nicht eben sehr ehrenvolle Eheverbindung etwas attraktiver zu machen, wird Eugène Beauharnais am 12. Januar 1806, am Tag vor der Eheschließung, vom französischen Kaiser adoptiert und erhält das Versprechen der Thronfolge in Italien, falls Napoleon keine Nachkommen haben sollte.

13. Januar 1806 – Zivilhochzeit zwischen Eugène de Beauharnais und Auguste Amalie

München-Graggenau * In der Grünen Galerie der Münchner Residenz findet die nach französischem Recht geforderte Ziviltrauung der Brautleute Eugène Beauharnais und Auguste Amalie, der ältesten Tochter des bayerischen Königs, statt. Karoline Murat, die Schwester Napoleons, bleibt, obwohl sie sich ja schon seit dem 20. Dezember in der Münchner Residenz aufhält, demonstrativ der Eheschließung fern. Sie gönnt der Familie Beauharnais die Verbindung mit dem Hause Wittelsbach nicht.

15. Januar 1806 – Bezüge zu Napoleon und Frankreich werden ausdrücklich vermieden

München * In den ab dem 15. Januar 1806 versandten formellen Benachrichtigungen an die Fürsten im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und in allen anderen bayerischen Verlautbarungen zur Annahme der Königswürde werden Bezüge zu Napoleon und Frankreich für die Rangerhöhung ausdrücklich vermieden. Stattdessen knüpft Max I. Joseph an die Königswürde der Agilolfinger an, die er mit der Krönung ja bloß wiederherstelle.

7. April 1813 – Preußen will Bayern in der antifranzösischen Koalition

Berlin - München * Preußen verlangt den sofortigen Anschluss Bayerns an die antifranzösische Koalition.



8. Oktober 1813 – Der Vertrag von Ried vollzieht den Bündniswechsel

Ried * Mit dem Vertrag von Ried vollzieht das Königreich Bayern den Bündniswechsel zur antinapoleonischen Koalition. Nach achtjährigem Bündnis mit Frankreich wechselt Bayern auf die Seite der Alliierten. Umgehend garantiert Österreich Bayern seine Souveränität und seinen Besitzstand im Umfang von 1812. Gleichzeitig erklärt Bayern den Austritt aus dem Rheinbund. Das zu stellende Truppenkontingent erhöht sich allerdings auf 36.000 Mann. Das Oktoberfest fällt zum ersten Mal aus.

1. Februar 1814 – Die Schlacht bei La Rothière

La Rothière * Die Schlacht bei La Rothière findet im Tal der Aube südlich von Brienne statt. Sie steht in engem Zusammenhang mit der Schlacht von Brienne-le-Château, die drei Tage zuvor mit einem Rückzug der Koalitionstruppen endete. Das beherzte Eingreifen des bayerisch-österreichischen Korps unter General Carl Philipp Joseph von Wrede hat dazu beigetragen, dass Napoléon Bonaparte um 21 Uhr den Befehl zum Rückzug gibt.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik

Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massestreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.



2. Februar 1918 – Die Streikenden erarbeiten einen Forderungskatalog

München-Theresienwiese * Im Anschluss ziehen die Versammelten zur Theresienwiese, wo sich insgesamt 6.000 Streikende aus verschiedenen Betrieben einfinden. Ein Forderungskatalog wird erarbeitet, der dem der Berliner Arbeiter entspricht: Neben der Freilassung der inhaftierten Streikführer sind das die Umwandlung des politischen Systems in ein demokratisches, die Wiederherstellung der Koalitions-, der Presse- und der Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustands und die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel.

24. Juni 1918 – Staatssekretär Kühlmann fordert einen Vergleichsfrieden

Berlin * Noch vor dem französischen Gegenangriff von Villers-Cotterêts betont der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, dass es an der Zeit sei, den Gegnern die Hand zu einem Vergleichsfrieden zu reichen. „Bei der ungeheueren Größe dieses Koalitionskrieges und der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte [wird] durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“

23. September 1918 – MSPD für eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen

Berlin • Die MSPD-Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der MSPD beschließen in einer gemeinsamen Sitzung mit einer deutlichen Mehrheit von 80 : 21 Stimmen, sich an einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien zu beteiligen, falls sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Bedenkensträger bleiben in der Minderheit. Dies auch deshalb, weil noch immer keine Klarheit über die militärische Lage herrscht. Der Regierungseintritt wird an die Erfüllung eines Forderungskatalogs geknüpft, der die Parlamentarisierung verlangt und auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 Bezug nimmt, in der sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ eintritt. Die Partei entsendet Philipp Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille, Gustav Bauer soll das Reichsarbeitsamt übernehmen. Otto Wels warnt Friedrich Ebert: „Bist du von Gott verlassen, lass doch zum Teufel den Frieden diejenigen schließen, die den Krieg geführt und Verantwortung getragen und den Waffenstillstand gefordert haben“. Im MSPD-Parteiausschuss gibt Erhard Auer zu bedenken: „Mit dem Eintritt in die Regierung werden wir gewissermaßen eine Mittelpartei, und die Unabhängigen, die heute nichts sind, werden dann scheinbar die einzige Oppositionspartei sein.“



5. Dezember 1918 – Der Wahlkampf in Bayern und im Reich beginnt

München - Freistaat Bayern - Deutsches Reich * Der Wahlkampf beginnt. Er wird mit der Wahl der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 enden. Diese Wahl findet eine Woche nach den Wahlen zum Bayerischen Landtag statt. Als die beiden stärksten Parteien werden in Bayern die Mehrheitssozialdemokraten - MSPD und die Bayerische Volkspartei - BVP eingeschätzt. Es ist nur die Frage, wie sich die Mehrheiten verteilen werden. Die USPD hat - trotz einer verbindlichen Absprache mit dem Bayerischen Bauernbund - BBB - keine Erfolgsaussichten. Sie hofft auf einen so großen Stimmenzuwachs, dass sie für eine Regierungskoalition unentbehrlich sein würde. Der Spartakusbund, der sich nach dem 31. Dezember 1918 Kommunistische Partei Deutschlands - KPD nennen wird, weigert sich, an der Wahl teilzunehmen.

23. Dezember 1918 – Verhandlungen ohne die USPD-Volksbeauftragten

Berlin * Um 23 Uhr findet in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen dem Kriegsminister Heinrich Schöuch und den MSPD-Volksbeauftragten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg statt. Der Koalitionspartner, die USPD-Volksbeauftragten Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth sind nicht anwesend und werden auch an den weiteren Vorbereitungen nicht beteiligt. Immer wieder wird der Kontakt mit der Führung der Volksmarinedivision hergestellt, ob der Stadtkommandant Otto Wels und seine beiden mitgefangenen Mitarbeiter inzwischen freigelassen worden sind.

28. Dezember 1918 – Die USPD-Volksbeauftragten werden ausgebremst

Berlin * Das Kabinett Ebert [= Rat der Volksbeauftragten] tagt gemeinsam mit dem Zentralrat. Die USPD-Volksbeauftragten fordern vom Zentralrat die Beantwortung von acht Fragen im Zusammenhang mit den Vorgängen vom 23./24. Dezember und damit Konsequenzen gegenüber dem Koalitionspartner von der MSPD. Der Zentralrat, dem kein Unabhängiger angehört, unterstützt natürlich die MSPD-Volksbeauftragten.

4. Februar 1919 – Anfrage zur Regierungsbeteiligung an die USPD

Berlin * Die SPD-Fraktion diskutiert über eine mögliche Regierungsbeteiligung der USPD. Man beschließt eine Anfrage, ob die Unabhängigen „auf der Grundlage des Bekenntnisses zur



parlamentarischen Demokratie, d.h. zu einer Staatsform, die in jeder Beziehung durch den Willen der Mehrheit des Volkes bestimmt wird, mithin unter Ausschaltung jeder Putschtaktik“ in die „Regierungsmehrheit“ eintreten will. Das Amt des Reichspräsidenten will Friedrich Ebert übernehmen, Philipp Scheidemann soll Reichskanzler werden.

6. Februar 1919 – Die USPD beteiligt sich nicht an der Reichsregierung

Berlin - Weimar * Die Unabhängigen Sozialdemokraten antworten auf das Angebot der SPD-Fraktion zum Eintritt in die Reichsregierung distanziert. Die USPD will sich nur dann beteiligen, wenn sämtliche Mitglieder der Regierung den entschlossenen Willen zeigen, „die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gegen die Bourgeoisie und gegen die Militärdiktatur sicherzustellen“.

12. Februar 1919 – Reichspräsident Ebert ernennt die neue Reichsregierung

Weimar * Reichspräsident Friedrich Ebert setzt das neue Reichsministerium ein. Die Reichsregierung wird auch als Weimarer Koalition bezeichnet. Sie besteht aus SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei - DDP. Das Kabinett Scheidemann setzt sich zusammen aus: Philipp Scheidemann, Reichsministerpräsident, SPD; Otto Landsberg, Justizminister, SPD; Gustav Noske, Reichswehrminister, SPD; Rudolf Wissell, Wirtschaftsminister, SPD; Robert Schmidt, Reichs Ernährungsminister, SPD; Gustav Bauer, Reichsarbeitsminister, SPD; Eduard David, Minister ohne Geschäftsbereich, SPD; Eugen Schiffer, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, DDP; Hugo Preuß, Innenminister, DDP; Georg Gothein, Reichsschatzminister und Minister ohne Geschäftsbereich, DDP; Johannes Bell, Verkehrsminister und Reichsminister für Kolonien, Zentrum; Johannes Giesberts, Reichspostminister, Zentrum; Matthias Erzberger, Minister ohne Geschäftsbereich, Zentrum; Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Auswärtiges Amt, Parteilos. Die Aufgabe des Rates der Volksbeauftragten ist damit erfüllt.

20. Februar 1919 – Kurt Eisners Vorstellungen für eine künftige Regierung

München-Kreuzviertel * Das Kabinett-Eisner beschließt, dass die Regierung ihre Ämter zur Verfügung stellt, sich aber bereit erklärt, die Geschäfte fortzuführen bis zur Wahl einer neuen Regierung. Für Kurt Eisner gibt es nur zwei Optionen: Eine sozialistische Regierung unter Zuziehung des Bauernbundes, die auf eine starke Minderheit gestützt ist, oder die gemeinsame



Opposition der beiden sozialistischen Parteien gegen ein rein bürgerliches Kabinett. Er ist schon deshalb gegen eine Koalition mit der klerikalen Bayerischen Volkspartei - BVP, weil sozialistische Kulturpolitik nur gegen diese Partei zu machen sei. Den gleichen Standpunkt vertritt er in Bezug auf die Regierungsbildung in der Nationalversammlung des Reiches. Er findet für seine politische Auffassung aber nur wenig Zustimmung. In Bayern will er seine Opposition auf die kraftvolle Mitarbeit der Arbeiterräte stützen, deren weitere Wirksamkeit durch die Verfassung gesichert werden soll.

18. März 1919 – Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben

München-Kreuzviertel * Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben: Ministerpräsident Johannes Hoffmann [SPD] übernimmt das Ministerium des Äußeren sowie das Ministerium für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] wird Justizminister, Martin Segitz [SPD] übernimmt das Ministerium des Inneren, Staatsrat von Merkel übernimmt in Vertretung das Finanzministerium, Heinrich Ritter von Frauendorfer [Parteilos] leitet das Verkehrsministerium, Hans Unterleitner [USPD] steht an der Spitze des Ministeriums für Soziale Fürsorge, Josef Simon [USPD] übernimmt das Ministerium für Handel und Gewerbe, Martin Steiner [Bayerischer Bauernbund] führt das Landwirtschaftsministerium und Ernst Schneppenhorst [SPD] wird Minister für militärische Angelegenheiten. Dem neuen Ministerrat werden besondere Vollmachten übertragen. Nach der Regierungserklärung des neu gewählten Ministerpräsidenten vertagt sich der Landtag wieder. Ministerpräsident Johannes Hoffmann stellt in seiner Regierungserklärung fest, dass für ihn nur ein uneingeschränkter Parlamentarismus als Regierungsform in Frage kommt. Die Soldatenräte werden bald verschwinden, die Arbeiterräte zu Arbeiterkammern umgewandelt werden. Den Räten sollen allenfalls wirtschaftliche, keinesfalls aber politische Bedeutung zukommen. Hoffmann erteilt jeglichen bayerischen Partikularismus-Gedanken eine klare Absage: Denn: Bayern steht fest zum Reich. Die Koalitionsregierung wird schon deshalb von Anfang an von der revolutionären Arbeiterschaft abgelehnt und kann auch im weiteren Verlauf kein Vertrauen gewinnen, weil sie sich gegen Zugeständnisse in der Rätefrage sperrt und von ihr auch keine ernsthafte Sozialisierungspolitik zu erwarten ist.

7. April 1919 – Die befürchtete Koalition Bayern-Österreich-Ungarn

Berlin * Die zweimal täglich erscheinende Deutsche Tageszeitung schreibt in ihrer Ausgabe: „Man erwartet, dass die Ausrufung des zwischen Ungarn und Bayern



eingekleiteten Deutschösterreichs zur Räterepublik nur eine Frage von Tagen sein kann und dass dann durch eine Koalition Bayern-Österreich-Ungarn ein solcher Druck erfolgen werde, dass an die Stelle der Regierung Ebert-Scheidemann eine Räterepublik trete.“ Eine interessante Konstellation, die natürlich eine Signalwirkung für das Deutsche Reich hat.

31. Mai 1919 – Umbildung der Regierung Hoffmann in Bamberg

Bamberg * Umbildung der bayerischen Regierung. Ministerpräsident Johannes Hoffmann tritt zurück, um den Weg für das zweite Kabinett Hoffmann freizumachen. In der neuen Koalition aus SPD, BVP sowie der DDP und einem parteifreien Minister haben USPD und der Bauernbund keinen Platz mehr.

19. September 1922 – Faulhaber verhindert Ordensverleihung an Adenauer

München-Kreuzviertel - Rom-Vatikan * Kardinal Michael von Faulhaber schreibt an den Unterstaatssekretär im Vatikan, Giuseppe Pizzardo, über die öffentliche Auseinandersetzung mit Konrad Adenauer: „Er behauptete, die Revolution sei organisch geworden, die gestürzten Herrscherhäuser seien morsche Bäume gewesen, der deutsche Katholizismus sei auf das deutsche Vaterland angewiesen. [...] Ich bitte darum Eure Exzellenz, es möge keine päpstliche Kundgebung erfolgen, die von den Katholiken als Zustimmung zur Politik des Zentrums und zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie ausgelegt werden könnte. Präsident Adenauer wird die päpstliche Auszeichnung, die früher für den Präsidenten üblich war, nicht erhalten können“. Damit verhindert Kardinal Faulhaber, dass Konrad Adenauer den sonst üblichen päpstlichen Orden bekommt. In einer eigenwilligen Rechtfertigung gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Vatikan schreibt Faulhaber am selben Tag: „[...] Damit habe ich nicht die Verfassung von Weimar und die republikanische Staatsform an sich verurteilt; denn eine Verfassung kann rechtmäßig zustandegekommen sein, ohne daß dadurch die vorausgehende Revolution legitimiert wird. Ein unehelich Geborener kann ein ordentlicher Mensch werden, ohne daß damit die uneheliche Mutterschaft als solche Rechtsdasein erhält.“

30. Januar 1933 – Machtübernahme: Adolf Hitler wird Reichskanzler

Berlin * Der Tag der sogenannten Machtübernahme. Adolf Hitler wird vom Reichspräsidenten Paul Ludwig Hans Anton von Beneckendorff und von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Er leitet eine Koalitionsregierung bestehend aus NSDAP, DNVP und



Stahlhelm.

5. März 1933 – NSDAP erreicht bei der Reichstagswahl nur 43,9 Prozent

Deutsches Reich - Berlin * Trotz NS-Terror und verfassungswidriger Behinderung von KPD, SPD und Zentrum erreicht die NSDAP nur 43,9 Prozent. Es reicht aber für eine knappe absolute Mehrheit für die Regierungskoalition aus NSDAP, DNVP und „Stahlhelm“.

20. Juli 1933 – Das Konkordat wird ratifiziert

Rom-Vatikan - Berlin * Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich wird vom - katholischen - Vizekanzler Franz von Papen und vom Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli im Vatikan unterzeichnet. Das Vertragswerk bestätigt die bestehenden Länderkonkordate mit Bayern, Preußen und Baden und den Fortbestand der katholischen theologischen Fakultäten an den Universitäten, sichert den katholischen Religionsunterricht an allen Schularten und die Beibehaltung und Neueinrichtung von Bekenntnisschulen, die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der Religion, den staatlichen Schutz für Geistliche, den Schutz des Beichtgeheimnisses und den Schutz der katholischen Organisationen. Außerdem wird die Militärseelsorge und das eigene kirchliche Steuerrecht garantiert. Die Kirche gesteht hingegen den neuen Machthabern nur wenig zu: Entpolitisierung des Klerus, Treueeid der Bischöfe gegenüber dem Deutschen Reich und seinen verfassungsmäßig gebildeten Regierungen. Die Reichsregierung macht der Kirche sehr große Zugeständnisse mit dem Ziel, internationale Anerkennung zu erhalten und die deutschen Katholiken für die Bewegung zu gewinnen, solange deren Macht noch nicht gefestigt ist. Keine der anderen neunzehn Weimarer Regierungen, auch nicht die Koalitionen mit Zentrumsbeteiligung, war der katholischen Kirche so weit entgegengekommen.

14. August 1949 – Ergebnis der ersten Bundestagswahl 1949

Bundesrepublik Deutschland -Bonn * Bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem Bundeskanzler-Kandidaten Konrad Adenauer 31,0 Prozent und 139 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Kurt Schumacher erringt 29,2 Prozent der Stimmen und 131 Sitze. Die FDP bekommt 11,9 Prozent und 52 Sitze. Die DKP kommt auf 5,7 Prozent und 15 Sitze. Insgesamt sind zehn Parteien im Deutschen Bundestag mit Abgeordneten vertreten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP.



26. November 1950 – Die CSU muss eine verheerende Niederlage hinnehmen

Freistaat Bayern * Bei der Landtagswahl am 26. November 1950 muss die CSU eine verheerende Niederlage hinnehmen: Nur 27,4 Prozent der Stimmen entfallen auf die CSU, während die Bayernpartei 17,9 Prozent erhält. Die SPD wird mit 28 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei. Obwohl sie 60.000 Stimmen mehr als die CSU erhält, bleiben die Christsozialen aufgrund von Überhangmandaten trotzdem die stärkste Fraktion. Hans Ehard bildet eine Koalitionsregierung aus CSU, SPD und dem rechts stehenden Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE.

6. September 1953 – Ergebnis der Bundestagswahl 1953

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,2 Prozent [+ 14,2] und 249 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 29,8 Prozent der Stimmen [- 0,4] und 162 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 2,4] und 53 Sitze. Die DKP scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde. Der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - GB/BHE zieht mit 5,9 Prozent und 27 Sitzen in den Deutschen Bundestag ein. Unter den 487 Abgeordneten befinden sich 129 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

28. November 1954 – Viererkoalition unter Wilhelm Hoegner (SPD)

Freistaat Bayern * Bei der Landtagswahl Wahl bleibt die CSU zwar stärkste Fraktion. Doch der SPD-Vorsitzende Waldemar von Knoeringen verständigt sich mit dem Bayernpartei-Vorsitzenden Joseph Baumgartner. Nach dem Motto „Es geht auch ohne CSU“ kommen noch die FDP und der BHE dazu, womit die Viererkoalition perfekt ist. Wilhelm Hoegner, SPD, wird Ministerpräsident, Joseph Baumgartner, BP, sein Stellvertreter.

20. August 1956 – Debatte um Jugendkontrolle und Polizeigewalt

München - München-Au * Der CSU-Landtagsabgeordnete und spätere Innenminister Heinrich Junker tut sich als Scharfmacher hervor. Er stellt einen Antrag für Maßnahmen zum Schutze der Jugend, in dem er die ständige Überwachung von Kinos, Gaststätten und Parkanlagen, die Überwachung der jugendlichen Kraftfahrer, insbesondere der Mopedfahrer und die Bekämpfung



jeglicher auftretender Bandenbildung fordert. Zur Durchsetzung seines Antrags unterstützt er das „rücksichtslose Eingreifen der Polizei“, deren „rücksichtslose Gewaltanwendung“, die „Brechung jeglichen Widerstands [...] mit allen an die Grenze des Gesetzes gehenden Mitteln“ und die „Anweisung an die Staatsanwaltschaft, bei Vergehen und Verbrechen schärfsten Strafantrag zu stellen“. Junker kann sich mit seinen Vorstellungen gegen die SPD-dominierte Viererkoalition nicht durchsetzen. Dieser Erfolg liegt an dem SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Schlichtinger, der sich für die Interessen und Nöte der Jugendlichen einsetzt. Ihm geht es nicht darum, „wie man ‚die Halbstarke‘ bekämpfen und gegebenenfalls vernichten kann, sondern wie man junge Menschen davor bewahren kann, Rowdys oder Verbrecher zu werden“ und wehrt sich gegen das Modewort „Halbstarke“.

8. Oktober 1957 – Die Bayernpartei tritt aus der Viererkoalition aus

München * Die kleineren Koalitionspartner der Viererkoalition bekommen es mit der Angst zu tun, weshalb die Bayernpartei am 8. Oktober aus der Viererkoalition austritt und sie damit beendet.

17. Oktober 1957 – Hanns Seidel (CSU) bildet eine neue Koalitionsregierung

München * Der CSU-Politiker Hanns Seidel, seit 22. Januar 1955 neuer CSU-Landesvorsitzender, bildet eine neue Koalitionsregierung, bestehend aus CSU, BHE und FDP. Sein Stellvertreter wird Walter Stain vom GB/BHE. SPD und Bayernpartei - BP können seither in Bayern kein Regierungsamt mehr ausüben.

23. November 1958 – Es bleibt bei der Dreierkoalition aus CSU, GB/BHE und FDP

Freistaat Bayern * Bei der Wahl zum Bayerischen Landtag ist die CSU die eindeutige Wahlgewinnerin. Die CSU kann ihren Stimmenanteil von 38,4 auf 45,6 Prozent erhöhen. Die SPD verbessert ihr Ergebnis um 2,7 Prozent auf 30,8 Prozent. Die Bayernpartei - BP, der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - GB/BHE sowie die FDP fallen nach zum Teil massiven Verlusten unter die Zehnprozent-Marke. Der Trend zum Zweiparteien-System schält sich schon bei dieser Wahl deutlich heraus. Obwohl die CSU mit 101 Sitzen fast die absolute Mehrheit erreicht hat, bleibt es bei der Dreierkoalition aus CSU, GB/BHE und FDP. Zum Ministerpräsidenten wird Hanns Seidel gewählt. Sein Stellvertreter, Rudolf Eberhard, gehört aber aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nun auch der Christlich Sozialen Union an.



18. September 1961 – Ergebnis der Bundestagswahl 1961

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,3 Prozent [- 4,9] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 36,2 Prozent der Stimmen [+ 4,4] und 203 Sitze. Die FDP bekommt 12,8 Prozent [+ 5,1] und 67 Sitze. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

19. September 1965 – Ergebnis der Bundestagswahl 1965

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Ludwig Erhard 47,6 Prozent [+ 2,3] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 39,3 Prozent der Stimmen [+ 3,1] und 217 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 3,3] und 50 Sitze. Ludwig Erhard [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

26. November 1966 – CDU/CSU und SPD vereinbaren eine Große Koalition

Bonn * Zwischen dem Kanzlerkandidaten der CDU, Kurt Georg Kiesinger, und dem oppositionellen Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, wird eine Große Koalition vereinbart.

1. Dezember 1966 – Kurt Georg Kiesinger wird Bundeskanzler einer Großen Koalition

Bonn * Kurt Georg Kiesinger wird Bundeskanzler der ersten Großen Koalition auf Bundesebene.

28. September 1969 – Ergebnis der Bundestagswahl 1969

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 46,1 Prozent [- 1,5] und 250 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 42,7 Prozent der Stimmen [+ 3,4] und 237 Sitze. Die FDP bekommt 6,8 Prozent [- 3,7] und 31 Sitze. Die NPD scheitert mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Willy Brandt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.



19. November 1972 – Ergebnis der Bundestagswahl 1972

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Willy Brandt 45,8 Prozent [+ 3,1] und 242 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Rainer Barzel erringt 44,9 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 234 Sitze. Die FDP bekommt 8,4 Prozent [+ 2,6] und 42 Sitze. Willy Brandt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

3. Oktober 1976 – Ergebnis der Bundestagswahl 1976

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt 42,6 Prozent [- 3,2] und 224 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Helmut Kohl erringt 48,6 Prozent der Stimmen [+ 3,7] und 254 Sitze. Die FDP bekommt 7,9 Prozent [-0,5] und 40 Sitze. Die CSU erringt in Bayern 60,0 Prozent der Stimmen und trägt damit 10,6 Prozent zum Gesamtergebnis der Union (48,6 Prozent) bei. CDU und CSU sind mit insgesamt 243 Sitzen die stärkste Fraktion im Bundestag, doch die sozialliberale Koalition aus SPD und FDP kann mit einer Mehrheit von zehn Sitzen weiter regieren. Helmut Schmidt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

5. Oktober 1980 – Ergebnis der Bundestagswahl 1980

Bundesrepublik Deutschland * In dem sehr emotionsgeladenen Wahlkampf [„Stoppt Strauß“] konzentrieren sich die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Kanzlerkandidaten Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß. Bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt 42,9 Prozent der Stimmen [+ 0,3] und 228 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß erhält 44,5 Prozent [- 4,1] und 237 Sitze. Die FDP bekommt 10,6 Prozent [+ 2,7] und 54 Sitze. DIE GRÜNEN, die erstmals bei einer Bundestagswahl antreten, kommen aber nur auf 1,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Helmut Schmidt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

5. November 1980 – Helmut Schmidt wird Kanzler einer SPD/FDP-Koalition

Bonn * Der 9. Deutsche Bundestag wählt Helmut Schmidt [SPD] zum Bundeskanzler. Er führt eine Koalition bestehend aus SPD und FDP.



1. Oktober 1982 – Helmut Kohl wird Bundeskanzler

Bonn * Helmut Kohl wird durch ein Konstruktives Misstrauensvotum zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er leitet eine Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

6. März 1983 – Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler einer CDU/CSU/FDP-Koalition

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 10. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 48,8 Prozent der Stimmen [+ 4,3] und 255 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel erringt 38,2 Prozent [- 4,7] und 202 Sitze. Die FDP bekommt 7,0 Prozent [- 3,6] und 35 Sitze. Die Grünen kommen mit 5,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 4,1] und 28 Sitzen erstmals in den Deutschen Bundestag.

Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

25. Januar 1987 – Ergebnis der Bundestagswahl 1987

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 11. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 44,3 Prozent [- 4,5] und 234 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Johannes Rau erringt 37,0 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 193 Sitze. Die FDP bekommt 9,1 Prozent [+ 2,1] und 48 Sitze. Die Grünen kommen mit 8,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,7] und 44 Sitzen in den Deutschen Bundestag. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

2. Dezember 1990 – Ergebnis der Bundestagswahl 1990

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Bundestagswahl 1990 steht massiv unter dem Eindruck der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Bei der Wahl zum 12. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 43,8 Prozent [- 0,5] und 319 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine erringt 33,5 Prozent der Stimmen [- 3,5] und 239 Sitze. Die FDP bekommt 11,0 Prozent [+ 1,9] und 79 Sitze. Die Grünen kommen auf 3,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 4,5] und ziehen deshalb nicht in den Deutschen Bundestag ein. Die PDS erkämpft nur 2,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Es ist aber vor der Wahl vereinbart worden, dass es genügt, nur in einem der beiden Wahlgebiete diese Klausel zu überspringen. Und das gelingt der PDS in den neuen Bundesländern unproblematisch. Die Partei erhält



dadurch 17 Sitze. Das Gleiche gilt für die nur in der ehemaligen DDR antretendem Bündnis 90. Es erhält nur 1,2 Prozent vom Stimmenanteil, zieht aber mit acht Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

16. Oktober 1994 – Ergebnis der Bundestagswahl 1994

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 13. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 41,4 Prozent [- 2,4] und 294 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping erringt 36,4 Prozent der Stimmen [+ 2,9] und 253 Sitze. Die FDP bekommt 6,9 Prozent [- 4,1] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 7,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,2]. Die PDS erkämpft nur 4,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Aufgrund der Grundmandatsklausel zieht die Partei trotzdem mit 30 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird erneut Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

27. September 1998 – Ergebnis der Bundestagswahl 1998

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 14. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 35,1 Prozent [- 6,3] und 245 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder erringt 40,9 Prozent der Stimmen [+ 4,5] und 298 Sitze. Die FDP bekommt 6,2 Prozent [- 0,7] und 43 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 6,7 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,6]. Die PDS erkämpft 5,1 Prozent der Stimmen [+ 0,7] und mit 36 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

22. September 2002 – Ergebnis der Bundestagswahl 2002

Bundesrepublik Deutschland - Berlin • Bei der Wahl zum 15. Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder 38,5 Prozent [- 2,4] und 251 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber erringt ebenfalls 38,5 Prozent der Stimmen [+ 3,4] und 248 Sitze. Die FDP bekommt 7,4 Prozent [+ 1,2] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 1,9]. Die PDS erkämpft 4,0 Prozent der Stimmen [- 1,1] und zieht - durch die direkt gewonnenen Berliner



Wahlkreise - lediglich mit zwei Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

18. September 2005 – Ergebnis der Bundestagswahl 2005

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 16. Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder 34,2 Prozent [- 4,3] und 222 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrer Kanzlerkandidatin Angela Merkel erringt 35,2 Prozent der Stimmen [- 3,3] und 226 Sitze. Die FDP bekommt 9,8 Prozent [+ 2,4] und 61 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,5] und 51 Sitze. Die PDS erkämpft 8,7 Prozent der Stimmen [+ 4,7] und zieht mit 54 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin in einer Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

27. September 2009 – Ergebnis der Bundestagswahl 2009

Berlin * Bei der Wahl zum 17. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 33,8 Prozent [- 1,4] und 239 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier erringt 23,0 Prozent der Stimmen [- 11,2] und 146 Sitze. Die FDP bekommt 14,5 Prozent [+ 4,7] und 93 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 10,7 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,6] und 68 Sitze. Die PDS erkämpft 11,9 Prozent der Stimmen [+ 3,2] und zieht mit 76 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FPD.

22. September 2013 – Ergebnis der Bundestagswahl 2013

Bundesrepublik Deutschland - Berlin • Bei der Wahl zum 18. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 41,5 Prozent [+ 7,7] und 311 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück erringt 25,7 Prozent der Stimmen [+ 2,7] und 193 Sitze. Die FDP bekommt 4,8 Prozent [- 9,8] und scheitert damit an der Fünf-Prozent-Hürde. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,4 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 2,3] und 63 Sitze. Die PDS erkämpft 8,6 Prozent der Stimmen [- 3,3] und zieht mit 64 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin einer Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.



16. März 2014 – Der Widerstand gegen das Königs-Denkmal schwindet

München-Au - München-Isarvorstadt * Bei der Stadtratswahl wird die CSU stärkste Fraktion und geht mit der SPD eine Koalition ein. Damit verändert sich auch die Einstellung zum Ludwig II.-Denkmal auf der Corneliusbrücke. Noch immer wollen weder die Stadträte der SPD noch der Grünen den meterhohen Kinn neu aus Bronze gießen lassen, da derartige figurliche Darstellungen „zu Beginn des 21. Jahrhunderts eigentlich nicht mehr die Ausdrucksform einer demokratischen Gesellschaft“ sind.

31. Mai 2016 – Die Wiedererstellung des Ludwig II.-Denkmals

München-Au - München-Isarvorstadt * Im Bauausschuss wird eine 120.000 Euro teure Machbarkeitsstudie zum Ludwig II.-Denkmal auf der Corneliusbrücke beschlossen. Eine Klausel im Bündnisvertrag zwischen CSU und SPD macht es möglich, dass jeder der beiden Partner über ein limitiertes „Konto“ mit städtischem Geld verfügen kann, aus dem ohne Veto des Koalitionspartners Wunschprojekte - wie etwa die Ludwig-Studie - ermöglicht werden können. Die CSU betont zum Denkmal des vom Absolutismus träumen-den Monarchen: „Wir wollen das weiterhin haben.“ Dagegen bemerkt die SPD: „Unsere Begeisterung ist nicht größer geworden. Wozu braucht man ein seit über 70 Jahren verschwundenes Denkmal?“ Noch dazu für einen König, der bekanntlich nicht gerade als München-Fan gelten kann und im Stadtgebiet nur wenige Spuren hinterlassen hat.

24. September 2017 – Große Verluste der etablierten Parteien bei der Bundestagswahl 2017

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 19. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 32,9 Prozent [- 8,6] und 240 Sitze [- 71]. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Schulz erringt 20,8 Prozent der Stimmen [- 4,9] und 152 Sitze [- 41]. „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ kommen auf 9,0 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 0,6] und 66 Sitze [+ 3]. Die FDP bekommt 10,4 Prozent [+ 5,6] und erreicht damit 76 Sitze. Die Linke erkämpft ebenfalls 9,0 Prozent der Stimmen [+ 0,4] und zieht mit 66 Abgeordneten [+ 2] in den Deutschen Bundestag ein. Der große Siegerin der Bundestagswahl ist die Alternative für Deutschland - AfD mit 13,0 Prozent [+ 8,3] und 95 Sitzen. Angela Merkel wird Bundeskanzlerin einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.



14. Oktober 2018 – Ergebnis der Wahl zum Bayerischen Landtag 2018

Freistaat Bayern - München * Nach der Auszählung der Landtagswahl gehören dem Bayerischen Landtag in dieser 18. Legislaturperiode 205 Mitglieder an. Bei der Wahl zum 18. Bayerischen Landtag erreicht die CSU mit ihrem amtierenden Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder 37,2 Prozent [- 10,5 %] und 85 Sitze [- 16]. Das ist das schlechteste Wahlergebnis der CSU seit 1950. Die GRÜNEN kommen auf 17,6 Prozent der Wählerstimmen [+ 9,0 %] und 38 Parlamentssitze [+ 20], davon 6 Direktmandate. Die Freien Wähler erhalten 11,6 Prozent der Stimmen [+ 2,6] und 27 Mandate [+ 8]. Die AfD bekommt 10,2 Prozent der Wählerstimmen [+ 10,2] und 22 Sitze [+ 22] und zieht erstmals in den Bayerischen Landtag ein. Die SPD erringt 9,7 Prozent der Stimmen [- 11,0] und 22 Landtags-Mandate [- 20]. Das ist das schlechteste Landtagswahlergebnis der SPD seit 1893. Die FDP erringt 5,1 Prozent der Wählerstimmen [+1,8] und 11 Mandate [+ 11] und kann damit wieder in den Landtag einziehen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 72,3 Prozent, so hoch, wie seit 1982 nicht mehr. Markus Söder wird Bayerischer Ministerpräsident und kann mit einer Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern arbeiten.
